Klimapolitische Fragen zur OB-Wahl 2022 in Rostock

Antworten von Claudia Müller, GRÜNE

Frage: Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes im Bereich der Stadtverwaltung und der kommunalen Gebäude wollen Sie umsetzen?

Antwort C. Müller:

Senkung des Energieverbrauchs um mind. 1/3: Bessere Steuerung der Heizungsanlagen, Dämmung, Einbau Lüftungsanlagen, Umrüstung auf LED, Schulung Personal u.a. Ausbau Solaranlagen auf kommunalen Gebäuden. Deckung des Restbedarfs aus Erneuerbaren Energien. Reduzierung der Dienstwagenflotte und Umrüstung auf Elektromobilität.

Frage: Zur sog. Hafenerweiterung wird demnächst das Raumplanungsverfahren beginnen. Die/der OB`in ist Mitglied der Verbandsversammlung des Planungsverbandes. Wie werden Sie als künftige/r OB` ihre Rolle im Raumordnungsverfahren und darüber hinaus Ihr politisches Gewicht als OB`in nutzen, um sicherzustellen, dass es eine Änderung der Hafenausbaupläne zum Erhalt des einzigartigen Küstenüberflutungsmoores sowie von Warnow-Steilufer und Oldendorfer Tannen kommt?

Antwort C. Müller: Es müssen vorrangig die Gewerbegebiete Poppendorf und Rostock-Mönchhagen entwickelt und mit einer Schwerlasttrasse an den Hafen angebunden werden, um attraktive Flächen mit Hafenanbindung bereit zu stellen, ohne den Peezer Bach und die Oldendorfer Tannen zu zerstören. Ich setze mich für die Entwicklung des Hafens, insbesondere den Aufbau eines modernen Energiehafens mit einem Groß-Elektrolyseur statt des Kohlekraftwerks und Offshore-Windenergie als wichtigem Baustein ein. Der Flächenbedarf des Hafens muss begrenzt werden, um wichtige Naturräume zu erhalten, z.B. indem auf ein sinnvolles Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Flächenverbrauch geachtet wird. Daher dürfen nicht wie zuletzt 7,5 ha Fläche in bester Lage an der Kaikante für eine Autoverladung vergeben werden, die nur 35 Arbeitsplätze schafft.

Frage: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Rad- und Fußverkehr fördern, ohne dafür Flächen neu zu versiegeln?

Antwort C. Müller: Wir brauchen attraktive Fuß- und Radwege. Dafür muss die Personalausstattung verbessert und das Geld für entsprechende Investitionen bereitgestellt werden. Vieles ist bereits vorbereitet. Wir müssen versuchen, möglichst bereits versiegelte Flächen zu nutzen, z.B. Stellplätze und im Einzelfall Straßenflächen. Der schnelle Ausbau des Fuß- und Radwegenetzes hat für mich eine hohe Bedeutung, um Menschen und Umwelt vom

Motorisierten Verkehr zu entlasten. Daher halte ich es für erforderlich, in Einzelfällen auch zusätzliche Flächen/Grünflächen in Anspruch zu nehmen.

Frage: Die Hansestadt Rostock gehört zum Kreis von bundesweit 50 Modellkommunen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärker in der lokalen Bildungslandschaft zu verankern. Inwieweit spielt BNE für Sie eine Rolle und wird das Thema auch strukturell und ressortübergreifend Einzug in die kommunale Verwaltung halten? Welche Notwendigkeit und Möglichkeiten sehen Sie, Klima- und Umweltthemen in den schulischen und außerschulischen Lernorten zu stärken? Setzen Sie sich für eine Koordinationsstelle Umweltbildung in der Stadtverwaltung und einen kommunalen Zuschuss für schulische und außerschulische Umweltbildung ein?

Antwort C. Müller: Ja, Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist grundlegend, um den Wandel zu einer nachhaltigeren Gesellschaft voran zu bringen. Ich werde mich dafür einsetzen, die vielfältigen Angebote freier Träger der Umweltbildung/BNE mit einem kommunalen Zuschussanteil von 20 % zur Finanzierung von Eigenmitteln zu fördern. Ich werde mich dafür einsetzen eine kommunale Koordinierungsstelle einzurichten, welche die Vermittlung zwischen Anbietern/meist Vereinen und Nachfragern/z.B. Schulen fördert. Außerdem ist es mein Ziel, trotz der abgesagten BUGA einen Stadtpark mit einem städtischen Umweltbildungsangebot für den Nordosten aufzubauen.

Frage: Soll Ihrer Meinung nach in der Rostocker Schulverpflegung ein höherer Anteil an klima- und umweltfreundlich produzierten Bio-Zutaten als 20 % festgelegt werden?

Antwort C. Müller: Ja, ich bin dafür, einen verbindlichen Bio-Anteil einzuführen und kontinuierlich zu steigern. Ich halte es für ein realistisches Ziel, bis 2030 einen Anteil von 50 % zu erreichen. Wir müssen entscheiden, ob wir viel Geld aufwenden, um eine neue städtische Großküche zu errichten oder ob wir in Qualität und bio-regionale Lebensmittel investieren. Davon würden nicht nur die Schüler*innen mehr profitieren, sondern auch die Natur rund um Rostock.

Frage: Mit ihren ausgedehnten Mooren und Wäldern hat die Hansestadt Rostock eine herausragende Verantwortung für den Biodiversitäts- und Klimaschutz, also für die größte Herausforderung der heutigen Zeit. Die sich daraus ergebenden Aufgaben sind zu großen Teilen an das Stadtforstamt delegiert. Diese Behörde tritt einerseits als Wald- und Flächenbewirtschafter, als Vertreter des Flächeneigentümers und auch als Projektträger z.B. für touristische Vorhaben auf. Andererseits ist sie als Naturschutzbehörde die Genehmigungs- und Kontrollbehörde für die eigenen Vorhaben. Dies hat zu einem strukturellen Interessenkonflikt geführt. Wie soll dieser rechtstaatlich bedenkliche Zustand zur Wiederherstellung demokratischer Verwaltungsstrukturen und zur Sicherung rechtskonformen und transparenten Verwaltungshandelns korrigiert werden?

Antwort C. Müller: Ich werde prüfen, ob eine Verlagerung der Zuständigkeit in das Grünamt oder andere Formen der Beteiligung zu einem besseren Ergebnis führen würden.

Frage: Die Errichtung neuer Einfamilienhäuser steht im Widerspruch zu mehreren Nachhaltigkeitszielen, z.B. Klimaschutz, Verkehrswende, Bodenschutz u.a.. Aus diesen Gründen fordert die Bürgerschaft seit Jahren einen flächensparenden Umgang mit den knappen Flächen in unserer Stadt. Neue Wohngebiete sollen so errichtet werden, dass kommunale Infrastruktur effizient genutzt wird und Folgekosten für unsere Kommune minimiert werden. Gleichzeitig gibt es seit Jahren in Stadtpolitik und Verwaltung den Wunsch, neue Wohngebiete für EFH auszuweisen. Dies geschieht mit der Begründung, ansonsten Steuergelder in das Umland zu verlieren. Welche Position beziehen Sie in diesem Thema bzw. Konflikt? Wollen Sie den Anteil von bisher etwa 11 % Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern vergrößern oder reduzieren?

Antwort C. Müller: Ziel sollte ein möglichst geringer Flächenverbrauch sein. Daher sollten flächensparende Bauweisen Vorrang haben, dies verringert nicht nur die Erschließungskosten für die Stadt, sondern auch die Baukosten und trägt zu mehr und bezahlbarerem Wohnraum bei. Das derzeitige Verhältnis von 11 % Ein- + Zweifamilienhäusern gegenüber 89 % Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sollte daher erhalten und Einfamilienhäuser nicht einseitig bevorzugt werden.

Frage: Kopenhagen wandelt jedes Jahr 2 % der öffentlichen, innerstädtischen Parkplatzflächen in Aufenthaltsräume für Menschen um. Diesem Beispiel folgen auch Städte wie z.B. Leipzig. Ist das auch für Sie eine Möglichkeit Rostock neu und lebenswerter zu gestalten?

Antwort C. Müller: Lebensqualität ist entscheidend, um unsere Stadt attraktiv zu machen. Daher unterstütze ich solche Ansätze. Sie können durch Carsharing-Angebote und Mobilitätspunkte mit Lastenrädern unterstützt werden. Solange es einen hohen PKW-Bestand gibt, könnten Parkhäuser einen Beitrag dazu leisten, Straßen von parkenden Autos zu befreien und lebenswerter zu machen. Es würde Platz für den Radverkehr, Grün und Aufenthalt geschaffen und mit dem Parkhaus würden die Verursacher maßgeblich die Stellplatzkosten übernehmen statt die Gemeinschaft.

Frage: Der Bereich Klimaschutz in der Stadtverwaltung Rostock ist stark unterbesetzt. Zum Vergleich: in Kiel gibt es 11 Stellen im Bereich Klimaschutz. Werden Sie sich für eine personelle Stärkung der Klimaschutzleitstelle einsetzen?

Antwort C. Müller: Ja, eine personelle Stärkung ist erforderlich. Es braucht eine zentrale Kompetenz- und Koordinierungsstelle, um den Klimaschutz in der Stadtverwaltung, den kommunalen Unternehmen und der Öffentlichkeit voran zu bringen. Zum Beispiel zur

Festlegung von Prioritäten und um Fördermöglichkeiten effektiv zu nutzen. Gleichzeitig müssen wir auch in den kommunalen Gebäuden und Unternehmen Ansprechpartner*innen für den Klimaschutz haben. Wir haben beim Klimaschutz eine große Verantwortung und mit dem Ziel 2035 klimaneutral zu sein ein anspruchsvolles Ziel, dem will ich gerecht werden.

Frage: In keinem Sektor kann die Stadt Rostock so viel Treibhausgas-Emissionen einsparen, wie bei der Fernwärmeversorgung. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Wärmeplan umgesetzt wird und Rostock so bis 2035 unabhängig von fossilen Energieträgern wird?

Antwort C. Müller: Nach der Erstellung des Wärmeplans müssen wir jetzt die Umsetzung vorantreiben. Dies erfordert Personal und Investitionsmittel. Ich werde mich dafür einsetzen, dies bereit zu stellen - in der Stadtverwaltung und in den kommunalen Unternehmen, insbesondere den Stadtwerken und der WIRO. Wir brauchen die Abwärme aus der Klärschlammverbrennung und der Müllverbrennung als Bausteine, ebenso wie Flächen für Solarthermie und saisonale Wärmespeicher. Neben Großwärmepumpen kann auch die Wasserstoffelektrolyse eine wichtige Wärmequelle sein. Ein 600 MW-Elektrolyseur könnte etwa die bisherige Abwärmeleistung des Kohlekraftwerks ersetzen.